

Ursula E. Koch, *Berliner Presse und europäisches Geschehen 1871. Eine Untersuchung über die Rezeption der großen Ereignisse im ersten Halbjahr 1871 in den politischen Tageszeitungen der deutschen Reichshauptstadt* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 22), Colloquium Verlag, Berlin 1978, XVI, 495 S., Ln., 118 DM.

Die in den USA entwickelte Methode der »content analysis«, der systematischen Inhaltsanalyse von Presseerzeugnissen, kommt zunehmend auch in der deutschen pressegeschichtlichen Forschung zur Anwendung. Wenn es noch eines Beweises für die Leistungsfähigkeit dieser Methode bedürfte, so erbringt ihn die vorliegende Arbeit, die völlig neubearbeitete und stark erweiterte Fassung einer von Pierre Sagave betreuten Pariser Dissertation. Ursula E. Koch analysiert in methodisch mustergültiger Weise, wie in den Berliner Tageszeitungen die wesentlichen politischen Geschehnisse des ersten Halbjahres 1871 rezipiert und kommentiert wurden: Kaiserproklamation, Reichstagswahlen und Anfänge der Gesetzgebungstätigkeit des Reichstags, Kriegszieldiskussion, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, Ausbruch, Verlauf und Niederwerfung des Pariser Commune-Aufstandes. Der Material- und Zeitaufwand bei inhaltsanalytischen Presseuntersuchungen zwingt zu einer wohldurchdachten Begrenzung des Untersuchungsfeldes. Und als wohldurchdacht erweist sich die Beschränkung sowohl auf den überschaubaren Zeitraum eines halben Jahres — eines allerdings sehr ereignisreichen und historisch bedeutsamen halben Jahres — wie auf die Presseorgane der Reichshauptstadt.

In Berlin, das 1871 knapp 830 000 Einwohner zählte, erschienen damals 16 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. 187 400 Exemplaren (S. 15). Systematisch ausgewertet hat Koch zehn dieser Tageszeitungen mit einer Auflage von 141 600 Exemplaren (S. 17), nämlich Vossische Zeitung, Spencersche Zeitung, National-Zeitung, Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung, Volks-Zeitung, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Staatsbürger-Zeitung, Die Post, Die Zukunft, Germania. Ferner wurden die beiden sozialistischen Organe Berlins in die Untersuchung einbezogen, der bis 26.4.1871 dreimal wöchentlich erscheinende »Social-Demokrat« (Auflage 2 700) und der bis 24.6.1871 einmal wöchentlich erscheinende »Agitator« (Auflage 15 000). Die getroffene Auswahl erfaßt alle wichtigen Berliner Tageszeitungen (mit Ausnahme des Berliner Börsen-Couriers, der ab 1.1.1869 mit einer Morgenausgabe erschien, die auf Politik und Kultur ausgerichtet war) und deckt das gesamte politische Spektrum von ganz rechts bis ganz links ab.

In glänzend geschriebenen »Zeitungsporträts« (S. 45 ff.) werden diese Blätter näher vorgestellt. Auf diese Weise entsteht ein sehr präzises und zugleich plastisches Bild der Pressesituation in Berlin 1870/71. Aufgrund ihrer sorgfältigen Recherchen kann Koch die Angaben in der einschlägigen Literatur (z. B. bei H.-D. Fischer, *Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts*, 1972) für den Zeitraum 1870/71 ergänzen und zum Teil korrigieren. Über einige Zeitungen erhält man hier erstmals genauere Informationen, z. B. über die linksliberale Volks-Zeitung, damals die auflagenstärkste Tageszeitung Berlins, und über die in der bisherigen Forschung so gut wie völlig unbeachtete Staatsbürger-Zeitung, die 1870/71 immerhin die zweitstärkste Auflage der Berliner Zeitungen hatte, jedoch in keine der großen politischen Richtungen einzuordnen ist.

Die im Hauptteil von Koch angewandte Untersuchungstechnik besteht in einer Kombination von quantifizierender Auswertung und inhaltsanalytischer Aufbereitung derjenigen Zeitungsartikel, die sich mit den zentralen politischen Problemen befassen. Während themabezogene Nachrichten, Feuilletonbeiträge und Leserzuschriften nur selektiv herangezogen wurden, sind die Leitartikel in den 1 854 konsultierten Zeitungsnummern vollständig erfaßt worden. Es handelt sich um insgesamt 1 211 Leitartikel, von denen sich über die Hälfte (702 = 58 Prozent) als für die Fragestellung relevant erwiesen. Die meisten »relevanten« Leitartikel, d. h.

Leitartikel, die sich mit den wichtigen politischen Problemen befassen, brachten die liberale Vossische Zeitung und die nationalliberale National-Zeitung (S. 8). Mißt man den Umfang der Leitartikel nach dem von Jacques Kayser empfohlenen Verfahren in Spalten-cm, dann ergibt sich, daß im Verhältnis zum bedruckten Raum bei den Leitartikeln die National-Zeitung den höchsten Prozentanteil aufzuweisen hat, gefolgt von der Spenerschen Zeitung, der Post und der Staatsbürger-Zeitung (S. 10). Die quantifizierende Auswertung der Leitartikel ermöglicht eine Feststellung darüber, welche Themenkomplexe zwischen dem 1. Januar und 30. Juni 1871 in der Berliner Presse besonders intensiv behandelt wurden. Daß im Vordergrund des Interesses die Frage der Kriegsziele und der »Siegesfrüchte« stand (8 124 Spalten-cm), mag nicht weiter überraschen. Als überraschend aber wird man es mit Koch (S. 383 f.) bezeichnen dürfen, daß die Pariser Commune die Organe der öffentlichen Meinung Berlins fast in demselben Maße beschäftigte (6 258 Spalten-cm) wie die seit langem angestrebte und endlich verwirklichte nationale Einheit (6 718 Spalten-cm).

Und wie kommentierten die Berliner Zeitungen die zentralen politischen Geschehnisse der ersten Jahreshälfte 1871, welche Beurteilung dominierte, welche politischen Prognosen wurden gestellt? Aus der Fülle aufschlußreicher Befunde und interessanter Beobachtungen sei hier wenigstens einiges herausgegriffen.

1. Die Annexionsfrage wurde in der Berliner Presse praktisch nicht kontrovers behandelt, denn nur drei Blätter mit einer geringen Auflage (Social-Demokrat, Agitator, Zukunft) sprachen sich für eine Volksabstimmung im Elsaß und in Lothringen aus. Alle anderen Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 140 000 Exemplaren verlangten die Annexion und gingen in ihren Forderungen teilweise erheblich über die Ziele der offiziellen Politik hinaus, so die National-Zeitung, die Spenersche Zeitung und die Staatsbürger-Zeitung (die Staatsbürger-Zeitung war es übrigens auch, die als erste der zehn untersuchten Tageszeitungen am 24.7.1870 die Forderung nach einer Annexion des Elsaß erhoben hatte, S. 112). Bemerkenswert ist, daß in 34 von 39 einschlägigen Leitartikeln das Hauptgewicht auf die geostrategische Sicherung Deutschlands vor künftigen Angriffen des französischen Nachbarn gelegt wurde, während mit keinem einzigen Wort die Annexion aus wirtschaftlichen Gründen, etwa wegen der lothringischen Erzvorkommen, gefordert wurde (S. 311, 308). Bemerkenswert ist ferner, daß sämtliche Annexionisten von der Unversöhnlichkeit Frankreichs mit oder ohne Annexion überzeugt waren und als logische Folge des deutschen Sieges und der französischen »Rachsucht« (und nicht so sehr der Annexion) einen Frieden auf Abruf prophezeiten (S. 311).

2. Da bisher keine Spezialuntersuchungen über die Stellungnahmen der nicht-sozialistischen deutschen Tagespresse zum Pariser Commune-Aufstand vorliegen, verdienen die Feststellungen Kochs über die Beurteilung der Pariser Commune durch die bürgerlichen Berliner Blätter besondere Aufmerksamkeit. Diese waren sich zwar einig in der Ablehnung der von den Führern der Insurrektion angewandten Methoden der Machtausübung, zeigten aber Verständnis für die eine oder andere Forderung der Communarden, besonders für die Forderung nach kommunaler Selbstverwaltung. Vor allem jedoch muß die Auffassung korrigiert werden, die bürgerliche Presse habe unisono die grausamen Vergeltungsmaßnahmen der Regierung Thiers bejubelt oder doch stillschweigend übergangen. Vielmehr kann Koch zeigen (S. 260 ff.), daß die Berliner bürgerlichen Blätter bis hin zur konservativen Kreuz-Zeitung über den »weißen Schrecken« konsterniert waren, »wobei ihre Kritik auch vor der Person Thiers nicht halt machte, der allgemein, wenn auch aus verschiedenen Motiven, für das Geschehene »wenigstens zur Hälfte« verantwortlich gemacht wurde« (S. 389).

3. Hinsichtlich der innenpolitischen Auseinandersetzungen ist zu registrieren: In der Berliner Presse war der »Kulturkampf« bereits in vollem Gange, bevor die Regierung mit der Auflösung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (8.7.1871) ihre Offensive gegen den katholischen Klerus einleitete. Die Vorstöße der Zentrums-Fraktion im Reichstag während

der Adreßdebatte und bei der Verabschiedung der Reichsverfassung lösten Entrüstung im liberalen, aber auch im protestantisch-konservativen Lager aus: »Liberales und Konservative vereinigen sich gegen das Zentrum, welches in der Presse als der hauptsächlichste ›Reichsfeind‹ dargestellt wird, gegen den der Kanzler zu kämpfen habe, um seine Staatsschöpfung zu verteidigen« (S. 191).

4. Zu einem ausgewogenen Urteil gelangt Koch in der vieldiskutierten Frage der Pressebeeinflussung durch Bismarck. Obwohl im Untersuchungszeitraum in mehreren Tageszeitungen der Reichshauptstadt Artikel nachgewiesen werden können, die auf Direktiven Bismarcks zurückgehen, vertraten diese »bismarckisierenden« Berliner Blätter keineswegs immer die Ansichten Bismarcks, noch waren sie stets einer Meinung (zudem während des deutsch-französischen Krieges häufig auch keineswegs sehr gut informiert). Bismarcks Einwirkungsmöglichkeiten auf die Presse hatten also ihre Grenzen, selbst wenn es sich um Blätter handelte, die ihm seit Jahren ergeben waren (S. 384 f.)

Eine der Pressekampagnen, bei der die Urhebererschaft Bismarcks einigermaßen schlüssig nachzuweisen ist, galt übrigens der »sozialen Frage«. Nach Bebels Intervention im Reichstag zugunsten der Pariser Commune suchte das Kanzlerblatt »Norddeutsche Allgemeine Zeitung«, sekundiert von der Kreuz-Zeitung, in zwei Leitartikel-Serien den Nachweis zu erbringen, für das »massenhafte Anwachsen des Sozialismus und Kommunismus« seien in letzter Instanz die liberale Wirtschaftsdoktrin des »laissez aller« und namentlich die Freizügigkeit verantwortlich zu machen (S. 288). Am 1.6.1871 erklärte die NAZ: »Die sozialistisch-kommunistischen Ideen, welche die Pariser Commune vertrat [...] lassen als Ideen sich nicht totschlagen. Eine weise und starke Regierung würde sich bemühen, diesen Ideen den Boden zu entziehen, und sie würde dies in dem Augenblick erreicht haben, wo ihr gelungen wäre, die Interessen des letzten Proletariats, wenn nicht in derselben, so doch annähernd in derselben Weise mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsordnung zu verknüpfen, wie dies bezüglich der Interessen der besitzenden Klasse der Fall ist« (S. 289). Derartige Auslassungen dürften von Bismarck inspiriert sein. Seine Absicht, mit Hilfe einer staatlichen Sozialpolitik einen sozialen Ausgleich herbeizuführen, sind für diesen Zeitraum quellenmäßig belegbar; Bismarck vermochte sich mit seiner Auffassung innerhalb der preußischen Regierung jedoch nicht durchzusetzen (vgl. dazu, von Koch nicht berücksichtigt: Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1975, S. 176 ff.).

Diese Hinweise dürften ausreichen, um wenigstens andeutungsweise das von Ursula Koch eingeschlagene methodische Verfahren und die von ihr erzielten Ergebnisse zu charakterisieren. Diese Ergebnisse rechtfertigen den methodischen Aufwand. Aufgrund einer soliden empirischen Analyse wissen wir nun, wie die Berliner Presse in der Konstituierungsphase des Kaiserreichs zu den vorrangigen politischen Streitfragen Stellung genommen hat. Und besser als bisher wissen wir nun auch, welche politischen Probleme damals die Bevölkerung der Reichshauptstadt bewegten, in welcher Stimmung und Einstellung, mit welchen Erwartungen und Befürchtungen die Deutschen, nicht nur die Berliner, ins Bismarckreich hineingingen.

Eberhard Kolb

Horst Müller-Link, Industrialisierung und Außenpolitik. Preußen-Deutschland und das Zarenreich von 1860 bis 1890 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 24), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 506 S., Folieneinband, 92 DM.

Während frühere (u. a. von H. Böhme und H.-U. Wehler unternommene) Versuche, die Orthodoxie der traditionellen Historiographie und deren meist an Bismarck exemplifizierte